Stadt Kamen **Niederschrift**

Rat

über die
6. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 12.12.2013
in der Stadthalle

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:50 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann

Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL
Herr Werner Bucek
Herr Klaus-Dieter Grosch

fraktionslos
Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Julia Freundl
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten
Herr Cetin Bahcekapili

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Verabschiedung eines Fachdezernenten	
3	Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen.	097/2013
4	Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2014	098/2013
5	Abfallentsorgung hier: Elfte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen	099/2013
6	Friedhofs- und Bestattungsgebühren 2014	100/2013
7	Gebührensatzberechnung für Wochenmarktveranstaltungen und Volksfeste (Kirmessen) des Jahres 2014	110/2013
8	Bestätigung des Gesamtabschlusses 2012	114/2013
9	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014	113/2013
10	Haushaltssatzung für das Jahr 2014	108/2013
11	Umstrukturierung der Kamener Stadhalle; Änderung des Gesellschaftsvertrages	109/2013
12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 2.

Verabschiedung eines Fachdezernenten

Der **Bürgermeister**, Herr Hupe, verabschiedete den Fachdezernenten Herrn Ronald Sostmann. Er gab einen Überblick über seine Tätigkeiten in der Verwaltung. Nach jahrelanger engagierter Arbeit im Personalrat sei die Umsetzung in das Büro des Bürgermeisters erfolgt. Bis 2002 sei er als Leiter der Stabstelle 01 tätig gewesen. Anschließend bis zum Beginn seiner Altersteilzeit habe er als Fachdezernent den Aufgabenbereich Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Stadtmarketing geleitet. Der Bürgermeister dankte Herrn Sostmann für sein vielfältiges Engagement und sein herausragendes Organisationstalent und überreichte ihm ein Präsent. Für die Zukunft wünschte er ihm eine gute und erfolgreiche Zeit und persönliches Wohlergehen.

Herr **Sostmann** bedankte sich bei der Verwaltungsleitung, bei den Mitgliedern des Rates, bei den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung und bei seiner Familie für langjährige Unterstützung und gute Zusammenarbeit. Er resümierte kurz seine 45-jährige Dienstzeit bei der Stadtverwaltung. Für die Zukunft wünschte er dem Rat ein noch besseres politisches Miteinander, so dass auch die Kamener Bürgerinnen und Bürgern wieder in größerer Zahl zu den Ratssitzungen erschienen. Auch von der Presse wünschte er sich eine stärkere Verbundenheit mit der Stadt und ihren Entwicklungschancen.

Zu TOP 3.
097/2013

Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen.

Herr **Krause** nahm für seine Fraktion Bezug auf die Tagesordnungspunkte 3 bis 7. Die Rettungsdienstgebühren würden zwangsläufig steigen aufgrund des Anstiegs der Personal- sowie Sach- und Dienstleistungskosten. Diese Kosten seien kaum zu beeinflussen. Die Gebührenbedarfskalkulation sei nachvollziehbar und schlüssig. Daher stimme seine Fraktion für die Beschlussvorlage.
Zu den Tagesordnungspunkten 4, 6 und 7 stellte er fest, dass die Straßenreinigungs-, Friedhofs- und Bestattungsgebühren und die Gebühren für

Wochenmarktveranstaltungen und Volksfeste (Kirmessen) erfreulicherweise stabil bleiben würden, auch weil Überdeckungen aus den Vorjahren gebührenbedarfsmindernd in die Kalkulation mit einflössen. Bei den Gebühren zur Abfallentsorgung seien lediglich für den Bereich Restmüll begründete Steigerungen vorzunehmen. Deshalb werde seine Fraktion den Gebührenhaushalt voll mittragen.

Herr **Hasler** nahm für seine Fraktion zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 7 zusammenfassend Stellung. Die Steigerung der Rettungsdienstgebühren sei aufgrund der gestiegenen Personalkosten und Sach- und Dienstleistungskosten begründet und nachvollziehbar. Daher werde die CDU-Fraktion der Beschlussvorlagen zustimmen. Bei der Abfallentsorgung sei eine durchschnittliche Steigerung von 9,5 % zu verzeichnen. Die Gebührenkalkulation zeige, dass die Erlöse bei Papier nicht mehr zu erzielen und Personalkosten gestiegen seien. Somit sei die Gebührensteigerung für Restmüll schlüssig und die CDU-Fraktion werde der Gebührenerhöhung zustimmen.
Zu den Friedhofsgebühren merkte er an, dass der Gebührensatz unverändert bliebe, weil in der Kalkulation die Überdeckung aus dem letzten Jahr von ca. 47.000 € eingesetzt werde. Zu den Sachkosten teilte er mit, dass Sanierungen der Wege vorgesehen seien. Hier sei die Fraktion sich nicht schlüssig, ob diese notwendig seien. Daher werde sich die CDU zu der Beschlussvorlage enthalten. Er bat die Verwaltung um Informationen über die Ausführung der Sanierung.
Die Gebührenkalkulation zu Wochenmarktveranstaltungen und Volksfesten sei unverändert, daher werde seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen.

Beschluss:

Die vorgelegte "Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen, der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
098/2013 Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2014

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation für die Straßenreinigungsgebühren 2014 wird beschlossen. Die Gebührensätze aus 2013 gelten auch für 2014.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
099/2013 Abfallentsorgung
hier: Elfte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen

Beschluss:

Die vorgelegte "Elfte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen" und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
100/2013 Friedhofs- und Bestattungsgebühren 2014

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation für die Friedhofs- und Bestattungsgebühren 2014 wird beschlossen. Die Gebührensätze aus 2013 gelten auch für 2014.

Abstimmungsergebnis: bei 10 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
110/2013 Gebührensatzberechnung für Wochenmarktveranstaltungen und Volksfeste (Kirmessen) des Jahres 2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Gebührensatzberechnung für die Einrichtung Märkte (Wochenmarktveranstaltungen und Kirmessen). Die bestehenden Gebührensätze gelten auch für das Jahr 2014.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
114/2013 Bestätigung des Gesamtabschlusses 2012

Beschluss:

1. Der Gesamtabschluss 2012 wird einschließlich des Gesamtlageberichtes und Beteiligungsberichtes bestätigt.

2. Der Gesamtjahresfehlbetrag 2012 in Höhe von 29.718.014,71 Euro wird durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.

3. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2012 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
113/2013 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass im Ältestenrat beschlossen worden sei, die Redezeit zum Stellenplan unverändert zu belassen und die Redezeit zum Haushalt auf 10 Minuten zu verlängern.

Für die SPD-Fraktion nahm Herr **Krause** Stellung zum Stellenplan und begründete die Zustimmung.
(siehe Redebeitrag – Anlage 1 der Niederschrift)

Herr **Eisenhardt** bewertete für die CDU-Fraktion den vorgelegten Stellenplan und legte die Gründe für die Enthaltung dar.
(siehe Redebeitrag – Anlage 2 der Niederschrift)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte Herr **Kühnapfel** die Zustimmung zum Stellenplan.
(siehe Redebeitrag – Anlage 3 der Niederschrift)

Für die Fraktion Die Linke/GAL nannte Herr **Bucek** die Gründe zur Ablehnung zum Stellenplan. Durch den stetigen Personalabbau käme es zu weiteren Arbeitsverdichtungen und Belastungen in einigen Bereichen. Trotzdem hätten die Mitarbeiter der Verwaltung hervorragende Arbeit geleistet und dafür danke er ihnen. Erfreulich sei auch die Zahl der Auszubildenden und der Praktikanten. Er empfehle diesen Weg weiter zugehen. Hinsichtlich des weiblichen Überhangs an Auszubildenden wünsche er sich zudem in den höheren Besoldungsstufen bzw. Entgeltgruppen eine höhere Frauenquote. Hier verwies er auf die 30%-Quote im Koalitionsvertrag der SPD und CDU auf Bundesebene. Herr Bucek kritisierte letztlich die Zusammenführung des Personals der KBG und der Verwaltung, es sei zu intransparent. Er teilte mit, dass seine Fraktion dem Stellenplan nicht zustimmen werde.

Herr **Wiegelmann** teilte für die FDP-Fraktion mit, dass sie sich der Stimme enthalten werde.
(siehe Redebeitrag – Anlage 4 der Niederschrift)

Herr **Kloß** würdigte die gute Qualität der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus. Er stimme dem Stellenplan zu.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass aufgrund der Altersstruktur die Anzahl der Auszubildenden erhöht worden sei und dass weitere Anstrengungen zur Frauenförderung geplant würden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dabei muss beurteilt werden, ob die Aufgaben der betreffenden freiwerdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden können, bzw. ob eine Besetzung der Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.

   Die Regelungen im Haushaltssicherungskonzept sind grundsätzlich zu beachten.

2. Dem vorgelegten Stellenplan 2014 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 10.
108/2013 Haushaltssatzung für das Jahr 2014

Für die SPD-Fraktion erklärte Frau **Dyduch** in ihrer Stellungnahme die Zustimmung zum Haushalt.
(siehe Redebeitrag – Anlage 5 der Niederschrift)

Herr Gercek nahm ab 16:00 Uhr an der Sitzung teil.

Frau **Scharrenbach** begründete für die CDU-Fraktion die Ablehnung des Haushaltes und Haushaltssicherungskonzeptes.
Sie rechnete vor, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Kamen in 2013 gegenüber dem Vorjahr um ca. 6% gestiegen sei. Bei den geplanten Steuererträgen in Höhe von 43 Mio. € zeigte sie auf, dass bei einem Euro Steuergeld 0,53 Cent für Personalaufwendungen ausgegeben würden. Die restlichen 0,47 Cent würden noch nicht einmal ausreichen, um die Kreisumlage zu bedienen. Somit würden die Steuererträge nicht reichen und eine neue Kreditaufnahme sei erforderlich. Sie betonte, dass hohe Schlüsselzuweisungen des Landes immer ein Indiz für fehlende Finanzkraft sei.
Kritisch äußerte sich Frau Scharrenbach zu dem nach ihrer Wahrnehmung hohen Leerstand in den Gewerbegebieten, zur geplanten Wohnraumentwicklung im Bereich Hemsack, die aufgrund zu erwartender Leerstände in anderen Wohnquartieren nicht bedarfsgerecht sei und zum kommunalen Bildungsdialog, der sich auf bloßes Verwaltungshandeln reduziere.
Auch in Bezug auf die KBG und die geplante Vermischung von Verwaltungs- und Unternehmensstrukturen halte die Fraktion an ihrer ablehnen-

den Position fest. Positiv sei allenfalls das Konzept zur weiteren Attraktivierung des Sesekeufers zu bewerten. Den erhöhten Fragebedarf ihrer Fraktion führte sie auf mangelnde Information durch die Verwaltung zurück.
Beim Haushaltsicherungskonzept habe sie den Eindruck, dass die Verwaltung den Ausgleich herbeirechne. Die Gewinnausschüttungen der kommunalen Töchtergesellschaften sehe sie als problematisch an.
Einsparungen bei baulichen Unterhaltungen sehe sie nicht, da gegenüber dem Vorjahr 390.000 € Mehrausgaben geplant seien.
Paradox fand Frau Scharrenbach, dass bei der VHS eine Senkung der Verbandsumlage geplant sei, das gesamte Produkt VHS allerdings immer teurer werde. Sie habe sich hier Strukturveränderungen erhofft, anstatt nur Gebührenerhöhungen.
Sie betonte, dass die Lasten auf die nächsten Generationen verschoben würden, dies trage ihre Fraktion nicht mit.

Frau **Werning** begründete für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ablehnung zum Haushalt.
(siehe Redebeitrag – Anlage 6 der Niederschrift)

Für die FDP-Fraktion nahm Frau **Schaumann** Stellung zur Ablehnung des Haushaltes.
(siehe Redebeitrag – Anlage 7 der Niederschrift)

Herr **Grosch** erläuterte für die Fraktion Die Linke/GAL die Ablehnung zum Haushalt.
(siehe Redebeitrag – Anlage 8 der Niederschrift)

Für die BG begründete Herr **Kloß** die Zustimmung zum Haushalt.
(siehe Redebeitrag – Anlage 9 der Niederschrift)

Nach den Statements zum Haushalt wurde die Sitzung von 17:00 Uhr bis 17:15 Uhr unterbrochen.

Zur weiteren Verfahrensweise erläuterte der **Bürgermeister**, dass zunächst über die eingereichten Anträge diskutiert und abgestimmt werde. Danach solle getrennt über den Beschlussvorschlag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsicherungskonzept abgestimmt werden. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der FDP-Fraktion vom 03.12.2013:

Frau **Schaumann** verwies bei ihrer Begründung zum Antrag auf ihre Haushaltsrede. Sie machte deutlich, dass dieser Antrag sich nur auf die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt beziehe und nicht auf das Projekt selbst.

Herr **Lipinski** erklärte, nicht auf die Fördermittel zum Projekt „Sesekeufer“ verzichten zu wollen. Weiter führte er aus, dass dieses Konzept die Lebensqualität und Aufenthaltsqualität steigern werde. Es würden Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen, die nicht nur die Erfahrungswelt von Kin-

dern bereichere. Die SPD halte an ihrer Zustimmung zu dem Integrierten Handlungskonzept fest und begrüße eine Planung, die den Fluss näher an die Menschen bringen werde. Dadurch werde die Stadt an Attraktivität gewinnen.

Herr **Kühnapfel** sprach sich für das Projekt „Sesekeufer“ aus. Diese Chance solle man wahrnehmen. 150.000 € sehe er im Hinblick auf den Nutzen als sehr erträglich an. Da es im Vorfeld ein aufwendiges Verfahren bzgl. Wettbewerb und Bürgerbeteiligung gegeben habe, hätte die FDP-Fraktion schon eher einen Antrag stellen sollen. Jetzt sei das nicht nachvollziehbar und abzulehnen.

Frau **Scharrenbach** erinnerte daran, dass dem Handlungskonzept damals mehrheitlich zugestimmt wurde. Trotz der Finanz- und Fördermittelauswirkungen mache das Projekt Sinn. Der CDU fehle es noch an einem kulturpolitischen Ansatz, wie z.B. ein Sesekefest. Sie sei für dieses Projekt und stimme daher gegen den Antrag.

Herr **Kloß** stellte die Erhöhung der Lebensqualität durch das Projekt „Sesekeufer“ in Frage. Die Lebensqualität sei durch die Renaturierung schon vorhanden. Er verwies auf die Negativbeispiele in seiner Haushaltsrede. Er unterstütze den Antrag der FDP.

Herr **Grosch** teilte mit, dass es jetzt schon schöne Ecken und Lieblingsplätze in Kamen gebe, wie z.B. an der Kirche und am Markt. Seine Fraktion habe das Projekt schon im Planungs- und Umweltausschuss positiv begleitet, weil es die Aufenthaltsqualität immens steigern werde. Er unterstütze dieses und stimme daher gegen den Antrag.

Herr **Ebbinghaus** betonte im Sinne seiner Vorredner, dass es sich lohnen würde, den Bereich der Seseke in der Innenstadt zu gestalten. Dies sei gut angelegtes Geld.

Herr **Heidenreich** war der Meinung, dass dies zukünftig ein beliebter Treffpunkt und Aufenthaltsort für Radfahrer sein könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Position 469 Seseke Einbindung in die Innenstadt aus dem Produkt 51.01.01 aus dem Haushalt herauszunehmen.

Abstimmungsergebnis: bei 40 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen vom 10.12.2013:

Herr **Kühnapfel** erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Ursächlich sei die Terminplanung für 2014 gewesen. Bei der Vielzahl von Ausschüssen müsse eine Zusammenlegung möglich sein, um so auch Kosten zu senken. Er bat die Verwaltung zu prüfen, welche finanziellen Einsparungen durch Zusammenlegung von Ausschüssen erreicht werden könnten. Das Ergebnis könne nach der Wahl eine Entscheidungsgrundlage darstellen.

Frau **Dyduch** erklärte, dass ihre Fraktion den Antrag unterstützen werde. Der Terminplan sei nicht statisch, nach der Kommunalwahl werde der neue Rat entscheiden. Die Unterstützung des Antrags solle allerdings nicht als Zustimmung zur Zusammenlegung gewertet werden. Letztendlich werde das der neue Rat entscheiden.

Frau **Scharrenbach** erinnerte, dass über die Ausschussstruktur schon mehrfach diskutiert wurde. Durch die Verkleinerung des Rates würde ohnehin schon Mehrarbeit auf die Mandatsträger zukommen. Sie verwies auf die bereits getätigten Zusammenlegungen von Ausschüssen, viele Themenbereiche würden dann wegfallen. Daher solle sich der neue Rat damit beschäftigten, welche Ausschüsse gebildet und zusammengelegt würden. Sie lehne den Antrag ab.

Frau **Schaumann** unterstützte den Antrag. Zum einen könnten Kosten gespart werden, zum anderen könnte themenübergreifend gearbeitet werden.

Herr **Grosch** begrüßte den Antrag. Er hielt es für sinnvoll, den Partnerschaftsausschuss und den Kulturausschuss zusammenzulegen. Diese Überlegung gebe es schon seit Jahren. Er sei jedoch für die Beibehaltung der Beiräte.

Herr **Kissing** sah den Antrag als Fassade. Die Kostenfrage sei nicht vordergründig. Die Politik solle entscheiden, welche Ausschüsse sie aufstellen wolle. Hier sei die Verständigung der Fraktionen entscheidend.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche finanziellen Einsparungen mit einer Reduzierung der Fachausschüsse durch Zusammenlegung von Themenfeldern in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden können. Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Rat in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: mit 10 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Dem Verfahrensvorschlag des **Bürgermeisters**, über die Buchstaben A und B des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen, wurde gefolgt.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2014 mit ihren Anlagen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Beschluss:

Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2014 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 11.
109/2013

Umstrukturierung der Kamener Stadthalle;
Änderung des Gesellschaftsvertrages

Herr **Grosch** teilte mit, dass durch die neuen Strukturen der KBG weniger Kontrollmöglichkeiten vorhanden seien und die Zusammenführung des Personals zu Intransparenz führen werde. Daher werde seine Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Der **Bürgermeister** wies drauf hin, dass er in der letzten Aufsichtsratssitzung zugesichert habe, der neuen Gesellschafterversammlung eine Berechnung der Leistungsaustausche vorzulegen.

Herr **Klanke** teilte mit, dass eine demokratische Kontrolle weiterhin gegeben sei. Das Konzept bringe reale Einsparungen.

Beschluss:

1. Dem vorgelegten Entwurf der Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH (KBG) wird zugestimmt.

2. Die Vertreter in den Gremien der KBG werden beauftragt, die zur Neufassung des Gesellschaftsvertrages und zur Umstrukturierung erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis: bei 15 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

12.1 Stellenplan

Der **Bürgermeister** nahm Bezug auf den Stellenplan und teilte mit, dass Herr Frieling im Fachbereich Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Marketing, Kultur schwerpunktmäßig für die Wirtschaftsförderung verantwortlich sei, während Frau Peppmeier den Bereich der Liegenschaften verantworte. Die Wirtschaftsförderung werde in der Sachbearbeitung verstärkt durch Frau Stracke-Hösche nach Rückkehr aus der Elternzeit.
Frau Peppmeier werde ab dem 01.01.2014 in den Verwaltungsvorstand berufen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Hermann Hupe
Bürgermeister

gez. Ingelore Peppmeier
Schriftführer/in